



1	Abteilungsübergreifendes	1
1.1	Mehrjähriger Finanzrahmen	1
1.2	Arbeits- und Sozialministerrat	2
1.3	Grundrechte	3
1.4	Digitale Kompetenzen	3
1.5	EU-Vergleich Gesundheits- und Langzeitpflegesysteme	4
2	Zukunft Europas	5
2.1	Europäischer Sozialvertrag	5
2.2	Brexit	5
2.3	Europäisches Parlament	5
2.3.1	S&D	5
2.3.2	Liberale	6
2.3.3	Grüne	6
2.3.4	Französische MdEP	6
2.4	BDI	6
3	Arbeit	7
3.1	Befristet Beschäftigte (EuGH)	7
3.2	Mindestlöhne	7
4	Gesundheit	8
4.1	Gesundheitsministerrat	8
4.2	Radiologische Anwendungen	8
4.3	Gefälschte Arzneimittel	8
4.4	Europäische Arzneimittelagentur	9
4.5	Grenzüberschreitende E-Rezepte	9
5	Soziales	9
5.1	Armut	9
5.2	Inklusion durch Sport	10
6	Links	10

1 Abteilungsübergreifendes

1.1 Mehrjähriger Finanzrahmen

Im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rates am 20. und 21. Juni hat die Kommission an die Staats- und Regierungschefs appelliert, bei den Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 bis zum Herbst eine Einigung zu erzielen und einen Fahrplan festzulegen. Haushaltskommissar Oettinger bilanzierte die teilweise Einigung über 12 sektorale Dossiers, während die Verhandlungen zu 16 weiteren Dossiers erst anlaufen. Die Gespräche über das Budget für das Euro-Währungsgebiet, den neuen Mechanismus zur Wahrung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips und über neue Einnahmen kämen gut voran. Am dringendsten sei die Verständigung auf den Gesamtrahmen. Breite Unterstützung fänden z.B. die Ausrichtung auf einen europäischen Mehrwert; die gestraffte und transparentere Struktur der künftigen Haushaltsplanung; die Reduzierung der Zahl der Programme; die stärkere Konzentration auf Synergien zwischen den Instrumenten; die Vereinfachung der Finanzierungsvorschriften; und die größere Flexibilität.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-2952_de.htm



1.2 Arbeits- und Sozialministerrat

Der Rat für Beschäftigung und Sozialpolitik tagte letztmalig unter rumänischer Präsidentschaft am 13. Juni 2019.

Vor Beginn der eigentlichen Sitzung fand die Abstimmung über den Sitz der Europäischen Arbeitsbehörde statt. Es hatte vier Bewerbungen aus Zypern, der Slowakei, Bulgarien und Lettland gegeben. Bratislava war mit 15 von 28 Stimmen der klare Sieger.

Bei der Sitzung standen drei Gesetzgebungsdossiers als A-Punkte auf der Tagesordnung: die Richtlinien zu fairen Arbeitsbedingungen und zu Work-Life-Balance und die Verordnung zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde. Deutschland enthielt sich bei der Richtlinie zur fairen Arbeitsbedingungen, da seinen Bedenken zu Artikel 1, Absatz 2 (Anwendungsbereich) nicht Rechnung getragen wurde. Es gab eine Erklärung zu Protokoll (s. Links). Zur Vereinbarkeitsrichtlinie wird es in Deutschland praktisch keinen Umsetzungsbedarf geben, da zum Schutzniveau festgelegt ist, dass „die Mitgliedstaaten Vorschriften beibehalten ...können, die für die Arbeitnehmer günstiger sind als die Bestimmungen dieser Richtlinie.“

Während der Sitzung wurde der bereits aus 2008 stammende Entwurf der Gleichbehandlungsrichtlinie behandelt. Die Präsidentschaft, die das Dossier zweimal in einer Ratsarbeitsgruppe weiterverhandelt hatte, legte einen Fortschrittsbericht vor. Zwar konnten einige Fortschritte in Detailfragen erzielt werden. Insbesondere wurden die Vorschriften zur Mehrfachdiskriminierung, zur Diskriminierung aufgrund einer Annahme sowie die Vorschriften in Bezug auf Menschen mit Behinderungen, darunter zur Zugänglichkeit und zu den angemessenen Vorkehrungen, weiter spezifiziert. Aber es gab keinen substantiellen Fortschritt, der eine Gesamteinigung nähergebracht hätte. Weder konnten grundsätzliche Fragen des Anwendungsbereichs noch zur Reichweite vorangebracht werden. Nach wie vor halten alle Delegationen allgemeine Prüfvorbehalte aufrecht. In der Tschechischen Republik, Dänemark und Großbritannien haben die Parlamente Vorbehalte eingelegt, die sie bis heute aufrechterhalten. Deutschland hatte sich in den Beratungen enthalten und seinen allgemeinen Vorbehalt aufrechterhalten. Die kommende finnische Ratspräsidentschaft hat sich vorgenommen, das Dossier zu pushen.

Weitere Themen waren die am 5. Juni 2019 von der Kommission vorgelegten Vorschläge für länderspezifische Empfehlungen 2019 (LSE) i.R. des Europäischen Semesters, der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten Benachteiligten (EHAP), die Verringerung des Lohngefälles zwischen Frauen und Männern und neue Arbeitsformen und ihre Auswirkungen auf die Sicherheit und die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

In der ausführlichen Diskussion zum Europäischen Semester gab es Stimmen, dass der Semesterprozess überdacht und ggf. gestreckt werden sollte. Der Jahresrhythmus bedinge ein zu enges Zeitkorsett und verhindere eine angemessene Einbeziehung der Stakeholder. Um mehr Zeit für die Beratungen zu den LSE zu haben, wurde für die Annahme der LSE ein Sonderrat am 8. Juli einberufen.

In den Schlussfolgerungen zum EHAP wurde betont, dass er auf die Armutsbekämpfung bei den am stärksten benachteiligten Personen konzentriert werden müsse. Die Zusammenführung von EHAP und ESF+ bietet aus Sicht der Ministerinnen und Mi-



nister eine gute Grundlage, die Hilfe neben materieller Unterstützung auch stärker auf soziale Integration auszurichten.

In den Schlussfolgerungen zum Wandel der Arbeitswelt stehen neue Beschäftigungsformen und technologische Entwicklungen, die sich auf die Arbeitswelt auswirken im Zentrum. Als problematisch werden die Verwischung der Grenzen zwischen Privatem und Beruflichem, die stärkere Differenzierung zwischen den Beschäftigtengruppen sowie psychische Belastungen aufgrund der Möglichkeit, praktisch immer und überall arbeiten zu können spezifiziert.

Während des Arbeitsmittags hinter verschlossenen Türen ging es um das Thema Arbeitskräftemobilität, bei dem sich einige Staaten bitter über den Brain-Drain ihrer hochausgebildeten Fachkräfte beschwert haben sollen. Der rumänische Ratsvorsitz regte an, Ratsformationenübergreifend das Problem anzugehen. Die kommenden Präsidentschaften Finnland und Kroatien versprachen das Thema anzugehen.

Am Ende der Sitzung informierte die Kommission über aktuelle Zahlen zu gender diversity in der Wirtschaft und ihre positiven Effekte. Die Präsidentschaft informierte über den Sachstand zu den Verordnungen zu europäischen Sozialstatistiken und zur Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme (VO 883). Kommissarin Thyssen macht Druck, was die Verhandlungen zur 883 angeht.

https://www.consilium.europa.eu//media/39695/background-note_epsco_en_final.pdf
<https://video.consilium.europa.eu/en/webcast/6e60f953-72f9-46eb-b1d5-fcc746013f42>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9327-2019-ADD-1/de/pdf> (S. 2, Erklärung D zu RL Arbeitsbedingungen)

1.3 Grundrechte

Die Europäische Grundrechteagentur (FRA) hat die Veröffentlichung ihres Grundrechte-Berichts am 6. Juni 2019 mit der dringenden Warnung verbunden, dass bislang erzielte Fortschritte ausgehöhlt werden und Ungleichheiten zunehmen. Dem müsse entgegengetreten werden.

Positiv hebt der Bericht die Ratifizierung der „UN-Behindertenrechtskonvention“ durch alle EU-Mitgliedstaaten und die vorläufige Einigung der EU über den vorgeschlagenen Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit hervor. Weitere zentrale Themen sind Kinderarmutsquoten, Rassendiskriminierung und die Integration von Flüchtlingen. Noch immer ist jedes vierte Kind armutsgefährdet. Bei den Kindern, deren Eltern Ausländer sind, sind vier von zehn Kindern betroffen. Die FRA fordert daher zweckgebundene Mittel für Maßnahmen zur Verringerung der Kinderarmut bereitzustellen.

<https://fra.europa.eu/de/press-release/2019/grundrechtsschutz-der-krise-ungleichheiten-und-belastigungen-nehmen-zu>

1.4 Digitale Kompetenzen

Die Europäische Kommission hat am 11. Juni 2019 die Ergebnisse des Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft für 2019 bekannt gegeben. Bestandteile des Index sind Konnektivität, Humankapital, Nutzung von Internetdiensten, Integration der



Digitaltechnik, digitale öffentliche Dienste, IKT-Sektor und seine FuE-Leistung und IT-Projekte in Horizon 2020 Digital.

Mehr als ein Drittel der Erwerbsbevölkerung in der EU verfügen nicht einmal über elementare digitale Kompetenzen, obwohl die meisten Berufe solche Kompetenzen erfordern, und nur 31% der Bevölkerung können als fortgeschrittene Internetnutzer bezeichnet werden. Gleichzeitig besteht in der gesamten Wirtschaft ein steigender Bedarf an fortgeschrittenen digitalen Kompetenzen. So ist die Zahl der Spezialisten für Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) unter den Beschäftigten in den letzten fünf Jahren in der EU um 2 Mio. gestiegen. In diesem Bereich liegen Finnland, Schweden, Luxemburg und Estland an der Spitze.

Im Bereich der digitalen öffentlichen Dienste ziehen 64% der Antragsteller Online-Kanäle (gegenüber 57 % im Jahr 2014) vor. Im April 2018 hat die Kommission Maßnahmen zur Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors und zu elektronischen Gesundheitsdiensten beschlossen, was die grenzüberschreitenden öffentlichen Online-Dienste in der EU erheblich verbessern wird. Bei der Nutzung der digitalen öffentlichen Dienste, einschließlich elektronischer Gesundheitsdienste, lagen ebenfalls Finnland und Estland an der Spitze.

Die Auswertung des Index hat ergeben, dass EU-Staaten mit ehrgeizigen Zielen und entsprechenden Investitionen ihre Leistungsfähigkeit in relativ kurzer Zeit verbessern konnten. Aber die größten EU-Volkswirtschaften gehören nicht zur Spitzengruppe. Die Konnektivität habe sich EU-weit zwar verbessert, reiche aber noch nicht aus, um die stark wachsende Nachfrage zu decken.

https://ec.europa.eu/commission/news/digital-economy-and-society-index-2019-jun-11_hu?2nd-language=de

1.5 EU-Vergleich Gesundheits- und Langzeitpflegesysteme

Die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission und die Arbeitsgruppe Altern des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, der den Wirtschafts- und Finanzministerrat berät, haben im Juni eine umfangreiche Aktualisierung ihres Berichts über Gesundheits- und Langzeitpflegesysteme und finanzielle Nachhaltigkeit veröffentlicht.

Auf jeweils ca. 10 Seiten werden für jeden EU-Staat separat die Gesundheits- und die Langzeitpflegesysteme analysiert. Die quantitativen und qualitativen Beschreibungen sollen einer evidenzbasierten Politikgestaltung dienen. Durch die Gegenüberstellung der Systeme mit internationaler Best Practice, sollen die Analysen helfen, strukturelle Politikoptionen in den EU-Staaten zu identifizieren und gegeneinander abzuwägen, um die Ausgabeneffizienz zu verbessern. Die Darstellung der jüngsten Reformen und der aktuellen Herausforderungen und die Analysen zur Effizienzsteigerung soll die Beseitigung systemspezifischer Probleme unterstützen.

In der Einleitung werden kurz die Gemeinsamkeiten der EU-weiten Reformen betrachtet. Die Kommission hat großen Wert auf Vergleichbarkeit der Länderanalysen gelegt, um das gegenseitige Lernen zu erleichtern.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/ip105_en.pdf



2 Zukunft Europas

2.1 Europäischer Sozialvertrag

Beim von der Europäischen Kommission organisierten Brüsseler Wirtschaftsforum am 18. Juni 2019, bei dem die soziale Ausrichtung der EU breiten Raum einnahm, vertrat der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) Luca Visentini die Meinung, dass der europäische Sozialvertrag gebrochen worden sei. Er und andere Redner betonten, eine integrative Wirtschaftspolitik müsse ganz oben auf der nächsten Tagesordnung der Kommission stehen. Der EGB hatte in einer Umfrage seine Mitglieder zu ihrem Wahlverhalten in den letzten nationalen und europäischen Wahlen festgestellt, dass ein Drittel von ihnen ihre Stimme rechtsextremen Parteien gegeben hatte. Sie begründeten ihre Wahl mit Angst um den Arbeitsplatz, Unsicherheit und sozialer Abstiegsangst. Visentini sah in dieser Entwicklung eine Konsequenz des Bruchs des Sozialvertrags.

http://ec.europa.eu/economy_finance/bef2019/

<https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/one-third-of-trade-unionists-voted-for-the-far-right-at-last-eu-election/>

2.2 Brexit

Die Europäische Kommission hat am 12. Juni 2019 - vor dem Europäischen Rat am 29. Juni - eine Bestandsaufnahme der Vorbereitungs- und Notfallmaßnahmen der EU für den Brexit vorgelegt. Die Mitteilung enthält Einzelheiten zu den umfangreichen Vorbereitungen in der EU-27 in Bereichen wie Sozialversicherungsansprüche, Arzneimittel und Medizinprodukte.

Nach Auffassung der Kommission genügen die bisherigen Vorbereitungen auf ein Szenario ohne Abkommen. Bislang hat die Kommission 19 Legislativvorschläge vorgelegt. Das Europäische Parlament und der Rat haben 18 davon angenommen. Über den verbleibenden Vorschlag – die Notfallverordnung über den EU-Haushalt für 2019 – wurde eine politische Einigung erzielt, sodass er voraussichtlich noch in diesem Monat förmlich angenommen wird. Neben den Legislativvorschlägen hat die Kommission 63 Rechtsakte ohne Gesetzescharakter erlassen und 93 Hinweise zur Vorbereitung auf den Brexit veröffentlicht.

Bei einem Szenario ohne Abkommen würde das Vereinigte Königreich ohne Übergangsregelungen zu einem Drittland. Ab dem Zeitpunkt des Austritts würde das gesamte Primär- und Sekundärrecht der EU nicht mehr für das Vereinigte Königreich gelten. Es gäbe keinen Übergangszeitraum.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-2951_de.htm

2.3 Europäisches Parlament

2.3.1 S&D

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D) haben am 18. Juni 2019 die spanische Europaabgeordnete Iratxe García Pérez zur Fraktionsvorsitzenden



gewählt. Einer der neun Vizepräsidenten ist der Deutsche Bernd Lange. Die S&D ist die zweitgrößte Fraktion im EP mit 153 Sitzen. Der vorherige Vorsitzende Udo Bullmann hatte seine Kandidatur zurückgezogen. García Pérez sagte in ihrer Antrittsrede u.a. „Europa müsse seine soziale Seele zurückgewinnen und die Menschen und den Kampf gegen Ungleichheiten in den Mittelpunkt seines politischen Handelns stellen.“

<https://www.socialistsanddemocrats.eu/who-we-are/our-president-and-bureau/president>

<https://www.socialistsanddemocrats.eu/newsroom/sd-group-elects-its-new-bureau>

2.3.2 Liberale

Die nationalen Delegationsleiter der liberalen Parteien im Europäischen Parlament, haben am 12. Juni 2019 – als Zugeständnis an ihr Neumitglied En Marche - entschieden, den bisherigen Fraktionsnamen ALDE in „Europa erneuern“ umzubenennen. In der konstituierenden Sitzung am 19. Juni 2019 wählten die 108 Abgeordneten aus 22 Staaten ihren neuen Fraktionsvorstand. Als neuer Vorsitzender wurde der ehemalige Kommissar Dacian Cioloș (Rumänien), gewählt, nachdem die französische Ex-Europaministerin und Listenplatz-Erste von En Marche Nathalie Loiseau nach desaströsen Auftritten ihre Kandidatur zurückgezogen hatte. Die Wahl von Cioloș war ebenfalls nicht einhellig unterstützt worden.

<https://www.aldeparty.eu/news/alde-group-becomes-renew-europe>

2.3.3 Grüne

Die Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament hat am 18. Juni 2019 ihre bisherigen Vorsitzenden Ska Keller und Philippe Lamberts bestätigt. Die jetzt 75 Mitglieder starke Fraktion wählte zudem erstmals einen ersten stellvertretenden Vorsitzenden, den schottischen Politiker Alyn Smith.

<https://www.greens-efa.eu/de/artikel/press/greens-efa-group-positions-elected/>

2.3.4 Französische MdEP

Macron hat in der Zusammenarbeit mit den französischen MdEP - bereits vor dem Scheitern seiner Kandidatin als Vorsitzende der Liberalen bzw. der Fraktion Renew Europe - eine weitere Schlappe erlitten. Seiner Einladung zu eine „équipe de France“ zu bilden, erteilten Linke, Sozialisten und Grüne eine Absage, da auch die Rassemblement National eine Einladung erhalten hatte.

<https://www.euractiv.de/section/europawahlen/news/macrons-forderung-nach-einem-equipe-de-france-im-eu-parlament-wurde-abgeschmettert/>

2.4 BDI

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat am 20. Juni 2019 ein Positionspapier „Eine Zukunftsagenda für Europa“ veröffentlicht. Seine industriepolitischen Prioritäten sind, eine EU-Industriestrategie 2030 zu entwickeln, ein Neustart für den



Binnenmarkt, Förderung von Investitionen und Infrastruktur, Stärkung der Wettbewerbsordnung, die Europäische Digitalwirtschaft zum Spitzenreiter zu machen, die industrielle Basis für ein nachhaltiges Europa zu stärken sowie die internationale Wirtschaftsordnung zu wahren und auszubauen.

<https://bdi.eu/>

3 Arbeit

3.1 Befristet Beschäftigte (EuGH)

Der Gerichtshof der EU (EuGH) hat am 20. Juni 2019 sein Urteil in einem Vorabentscheidungsersuchen des Verwaltungsgerichts Pamplona (Spanien) zur Auslegung der Richtlinie zur EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge (1999/70/EG) gefällt. Es ging um die Frage, ob der Grundsatz der Nichtdiskriminierung befristet beschäftigter Arbeitnehmer es gebietet, eine Besoldungsstufenzulage, die durch die Rechtsvorschriften einer autonomen Region Spaniens zugunsten der – dauerhaft beschäftigten – Beamten vorgesehen ist, auch befristet beschäftigten Vertragsbediensteten in der öffentlichen Verwaltung (im Ausgangsfall Lehrkräften) zu gewähren sei. Der EuGH entschied, dass die Rahmenvereinbarung einer nationalen Regelung entgegenstehe, die die Zuerkennung und Zahlung einer bestimmten Gehaltszulage, die Besoldungsstufen entsprechen solle, dauerhaft beschäftigten Beamten vorbehalte, indem sie befristet beschäftigte Vertragsbedienstete ausdrücklich ausschließe und dabei ausschließlich an die abgeleisteten Dienstzeiten anknüpfe.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-06/cp190079de.pdf>
<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-72/18>

3.2 Mindestlöhne

Bundeskanzlerin Merkel ist in ihrer Rede zum 100. Gründungsjubiläum der Internationalen Arbeitsorganisation am 11. Juni 2019 in Genf u.a. auf das Thema Mindestlöhne in der EU eingegangen. „Wir müssen jetzt schauen, wie wir auch im Hinblick auf den Lebensstandard der Länder vergleichbare Mindestlöhne haben können. Dass es jedenfalls Mindestbedingungen für Arbeit geben muss, das ist auch in der Europäischen Union selbstverständlich.“ Frankreichs Präsident Macron, der nach ihr sprach, forderte überall in der EU Mindestlöhne, auch um den Brain-Drain in vielen ärmeren EU-Staaten entgegenzuwirken.

Auch Noch-Kommissionspräsident Juncker unterstützte die Mindestlohnforderung in einer Rede vor dem Thüringer Landtag am 17. Juni.

<https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-zum-100-gruendungsjubilaum-der-internationalen-arbeitsorganisation-am-11-juni-2019-in-genf-1636370>

<https://news.un.org/en/story/2019/06/1040251>

https://ec.europa.eu/germany/news/20190617-juncker-in-thueringen_de



4 Gesundheit

4.1 Gesundheitsministerrat

Die EU-Gesundheitsminister tagten am 14. Juni 2019. Themen waren antimikrobielle Resistenzen, zu denen umfangreiche Ratsschlussfolgerungen mit Hausaufgaben an die Mitgliedstaaten verabschiedet wurden, Investitionen aus EU-Mitteln zum Umbau und zur Verbesserung der Gesundheitssysteme, die Umsetzung der Medizinprodukteverordnung (2017/745), die Lage bezüglich Masern sowie der Verhandlungsstand zur Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien. Das Thema Umsetzung der MedizinprodukteVO war u.a. auf Wunsch Deutschlands aufgesetzt worden, die stark besorgt über die schleppende Benennung von benannten Stellen und die Konsequenzen sind. Die Kommission nahm die Sorgen erneut nicht ernst.

https://www.consilium.europa.eu/media/39695/background-note_epsco_en_final.pdf

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9765-2019-INIT/de/pdf> (AMR)

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9770-2019-INIT/en/pdf> (HTA)

4.2 Radiologische Anwendungen

Der Rat hat am 6. Juni 2019 Schlussfolgerungen zu nuklearen und radiologischen Technologien und Anwendungen außerhalb der Stromerzeugung angenommen. In Anerkennung ihrer wichtigen Rolle z.B. in der Medizin ersucht der Rat die Europäische Kommission, die Forschung auf diesen Gebieten zu unterstützen sowie einen Aktionsplan auszuarbeiten, um die Versorgung mit Radioisotopen für medizinische Zwecke in der EU sicherzustellen, den Strahlenschutz und die Sicherheit für Patienten und medizinisches Personal zu verbessern und um Innovationen in Bezug auf die medizinischen Anwendungen zu fördern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/06/06/the-council-underlines-role-of-non-powernuclear-technologies/>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9437-2019-INIT/de/pdf>

4.3 Gefälschte Arzneimittel

Die Kommission hat am 6. Juni 2019 eine parlamentarische Anfrage zur Bekämpfung des Handels mit gefälschten Arzneimitteln beantwortet. Nach Angaben der WHO sei jedes 10. Medikament eine Fälschung, in Afrika noch deutlich mehr. Die Kommission pocht auf einen ganzheitlichen Ansatz, bei dem pharmazeutische Systeme auf allen Ebenen gestärkt, Gesundheitssysteme angemessen ausgestattet, rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen und kontrolliert und Qualität in der Herstellung und beim Gesundheitspersonal durchgesetzt werden. Sie arbeitet mit der WHO und allen Weltregionen zusammen. Außerdem erstellt sie halbjährlich einen Bericht über den Schutz und die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums in Drittländern und eine Piraterie Watch List.

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2019-001417_EN.html

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2019-001417-ASW_EN.pdf



4.4 Europäische Arzneimittelagentur

Der Verwaltungsrat der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) ist am 12. und 13. Juni 2018 zusammengekommen und hat insbesondere eine Bilanz der Brexit-Folgen für die Arbeit der EMA gezogen. 125 Mitarbeiter haben die EMA verlassen und 312 arbeiten in Telearbeit von London aus weiter. Bei der Sitzung wurden zudem der Tätigkeitsbericht 2018 verabschiedet, die Vorbereitung der Pharmaindustrie auf den Brexit und die Fortschritte bei der Entwicklung eines europäischen Registers mit Informationen zu klinischen Prüfungen bewertet. In ihrer Pressemitteilung im Anschluss an die Sitzung weist die EMA darauf hin, dass sie neben Brexit und Umzugsfolgen auch neuen Aufgaben aufgrund neuer Gesetzgebung gegenübersteht, ohne jedoch zusätzliches Personal erhalten zu haben. Die nächste Sitzung ist für Oktober 2019 geplant.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/highlights-management-board-meeting-june-2019>

4.5 Grenzüberschreitende E-Rezepte

Kroatien akzeptiert ab dem 17. Juni 2019 in Finnland verschriebene elektronische Verschreibungen. Finnische Staatsbürger können dank „My health @European Union“, dem elektronischen grenzüberschreitenden Gesundheitsdienst in Europa, wenn sie nach Kroatien reisen, ihre Medikamente in dortigen Apotheken abholen.

https://ec.europa.eu/health/ehealth/electronic_crossborder_healthservices_de

5 Soziales

5.1 Armut

Die Europäische Kommission hat am 7. Juni 2019 eine Zusammenfassung der Berichte der nationalen Stellen zur Umsetzung des Hilfsfonds zur Unterstützung der am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) für das Jahr 2017 veröffentlicht. Im Durchschnitt wurden zwischen 2014 und 2017 pro Jahr 12,7 Mio. Menschen unterstützt. In 2017 gab es erhebliche Fortschritte gegenüber 2016. 26 Mitgliedstaaten haben i.R. von EHAP Unterstützung gewährt. Zum ersten Mal enthält der Jahresbericht Ansichten von Hilfeempfängern. 97% der Befragten fanden die Unterstützung wirkungsvoll. Die Erhebungen zeigten auch, dass Begleitmaßnahmen wie gezielte Beratung und Anleitung sowie gezielte Aktivitäten zur sozialen Eingliederung als nützlich erachtet wurden.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1560319189056&uri=CELEX:52019DC0259>



5.2 Inklusion durch Sport

Die Europäische Kommission hat am 20. Juni 2019 die Bewerbungsphase für die #BeInclusive EU Sports Awards 2019 eröffnet, die bis zum 23. Juli 2019 laufen wird. Nur Projekte, die bereits umgesetzt wurden, sind förderfähig!

Der Preis wurde ins Leben gerufen, um Organisationen zu würdigen die den Sport nutzen, um die soziale Integration benachteiligter Gruppen zu fördern. Drei Gewinner erhalten jeweils 10.000€ und 6 weitere Projekte erhalten jeweils 2.500€.

Bewerber müssen die Wettbewerbsregeln einhalten sowie die Datenschutzerklärung und die eidesstattliche Erklärung unterzeichnen. In einem ersten Schritt müssen die Antragsteller ein Konto für ein EU-Login erstellen. Darüber hinaus sollte sich die antragstellende Organisation auf dem Teilnehmerportal registrieren und erhält dann einen Teilnehmeridentifizierungscode. Danach kann der Antragsteller das Antragsformular einreichen. Der ganze Prozess erfolgt in englischer Sprache.

https://ec.europa.eu/sport/be-inclusive_en

https://ec.europa.eu/sport/file/rulesofcontest-beinclusive-2019docx-1_en

6 Links

Non-Paper von Estland, Irland, Luxemburg, Slowenien, Schweden und den Niederlanden zur Erhöhung der Transparenz und Rechenschaftspflicht der EU

<https://www.permanentrepresentations.nl/permanent-representations/pr-eu-brussels/documents/publications/2019/06/18/non-paper---transparency-and-accountability>

Gericht der EU: Das Gericht der EU bestätigt den Beschluss der Kommission über die staatliche Beihilfe Deutschlands zugunsten des Nürburgrings

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-06/cp190077de.pdf>

OECD: Künstliche Intelligenz in der Gesellschaft (u.a. Gesundheit, öffentlicher Dienst, Jobtransformation, Kompetenzen) (en)

https://read.oecd-ilibrary.org/science-and-technology/artificial-intelligence-in-society_eedfee77-en#page1

Lobby Control: EU Lobby Report

https://www.lobbycontrol.de/2019/04/eu-lobbyreport-konzerne-haben-zu-viel-macht-in-europa/#pk_campaign=slider&pk_source=web

Unsoziale Marktwirtschaft - Nicht unser Wirtschaftsmodell ist das Problem, sondern seine Aushöhlung. Ein Plädoyer für eine moderne Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. In: Internationale Politik und Gesellschaft

<https://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/unsoziale-marktwirtschaft-3519/>

Europäisches Parlament: EU und ILO (en)

[http://www.europarl.europa.eu/ReqData/etudes/STUD/2019/638407/IPOL_STU\(2019\)638407_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/ReqData/etudes/STUD/2019/638407/IPOL_STU(2019)638407_EN.pdf)



Urteil des Gerichtshofs vom 13. Juni 2019 in einem Vorabentscheidungsersuchen des griechischen Kassationsgerichtshofs zur Auslegung der Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen oder Betriebsteilen

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=c-664/17>

Statistisches Amt der EU: 3 von 4 Jobs sind im Dienstleistungssektor (en)

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/WDN-20190612-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2F>

Statistisches Amt der EU: Integration von Migranten – Selbständigkeit (en)

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/DDN-20190607-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2F>

Statistisches Amt der EU: Quote der offenen Stellen im Euroraum bei 2,3%/In der EU28 bei 2,4%

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9832277/3-17062019-BP-DE.pdf/73ebf10c-f33c-48ca-897d-fc04a5bf5832>

Statistisches Amt der EU: Jährliches Wachstum der Arbeitskosten im Euroraum bei 2,4%/In der EU28 bei 2,6%

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9832267/3-17062019-AP-DE.pdf/ab4d3c5f-9618-4a0f-be3d-741982dd5f6f>

Statistisches Amt der EU: Gehören Sie zur Erwerbsbevölkerung? (en)

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/WDN-20190614-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2Fnews%2Fwhats-new>

Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz: Jahresbericht 2018 (en)

<https://osha.europa.eu/de/tools-and-publications/publications/annual-report-2018-year-collaboration-commitment-and-campaigning/view>

Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA): Jahresbericht 2018 (en)

https://eiopa.europa.eu/Publications/Reports/EIOPA_2018%20Annual%20Report.pdf
<https://eiopa.europa.eu/Pages/News/EIOPA-publishes-its-2018-Annual-Report.aspx>

PensionsEurope: Aufsichtsrechtliche Meldepflichten für Pensionskassen, die funktionieren (en)

<https://www.pensionseurope.eu/system/files/PensionsEurope%20brochure%20on%20supervisory%20reporting.pdf>

<https://www.pensionseurope.eu/press-release-pensionseurope-publishes-brochure-supervisory-reporting-requirements-pension-funds>

PensionsEurope: Europa muss bei Renten einen anderen Gang einlegen (en)



<https://www.pensionseurope.eu/system/files/2019-05-06%20-%20Europe%20needs%20to%20shift%20gears%20in%20pensions.pdf>
<https://www.pensionseurope.eu/system/files/Press%20release%20-%20Europe%20needs%20to%20shift%20gears%20in%20pensions%202019-06-11.pdf>

BMAS: Publizitätsanforderungen für ESF-geförderte Projekte des BMAS
https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/37942-publizitaetsanforderungen-fuer-esf-gefoerderte-projekte-des-bmas.pdf;jsessionid=83A620EBCCDE9E13A98AD59B4BC2404D?__blob=publicationFile&v=1

Neuer Europäischer Tarifbericht des WSI: Real rund ein Prozent - Löhne in Europa steigen und stützen die Konjunktur
https://www.boeckler.de/pdf/pm_ta_2019_06_13.pdf
https://www.boeckler.de/120443_120452.htm

Corporate Governance - Mitbestimmung zahlt sich aus In: Böckler Impuls 10/2019
https://www.boeckler.de/120443_120450.htm

Workers Voice: Juniausgabe (en)
<https://mailchi.mp/etuc/workers-voice-national-updates-april-223025?e=92087708c6>

Population Europe: Arbeiten nach dem Renteneintritt (en)
<https://www.population-europe.eu/pop-digest/working-after-retirement>

Population Europe: Weniger Schwangerschaftsabbrüche durch billige oder kostenlose Verhütungsmittel nicht durch das Erschweren von Abbrüchen (en)
<https://www.population-europe.eu/policy-insights/reduce-abortion-incidence-do-not-restrict-abortion-supply-reduce-demand>

ESIF Funds for Health: Verzeichnis aller EU-geförderten Gesundheitsprojekte (en)
<http://www.esifundsforhealth.eu/esi-funds-health>

Europäische Arzneimittelagentur: Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der EMA und Hausärzten (en)
https://www.ema.europa.eu/en/documents/regulatory-procedural-guideline/strengthening-collaboration-between-ema-general-practioners/family-physicians_en.pdf

Europäische Arzneimittelagentur: Sitzung des Pharmakovigilanz-Risikobewertungsausschusses (PRAC) vom 11. bis 14. Juni 2019 (en)
<https://www.ema.europa.eu/en/news/meeting-highlights-pharmacovigilance-risk-assessment-committee-prac-11-14-june-2019>

Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten: Legionellen Ausbrüche könnten durch bessere Kontrollen verringert werden In: Euractiv vom 12. Juni 2019 (en)



<https://www.euractiv.com/section/health-consumers/news/ecdc-increasing-legionnaires-outbreaks-may-be-reduced-with-appropriate-controls/>
<https://ecdc.europa.eu/sites/portal/files/documents/communicable-disease-threats-report-2-june-2019.pdf> (S. 4)

USA nehmen britische Arzneimittelbehörde aufs Korn (Not playing NICE: UK drugs gatekeeper in US crosshairs) In: Politico vom 7. Juni 2019 (en)
<https://www.politico.eu/article/not-playing-nice-uk-drugs-gatekeeper-in-us-crosshairs/>

Weltgesundheitsorganisation: Maßnahmen zur Verwirklichung der gesundheitlichen Chancengleichheit – Beispiele aus der gesamten Europäischen Region
<http://www.euro.who.int/de/media-centre/events/events/2019/06/healthy,-prosperous-lives-for-all-in-the-european-region-high-level-conference-on-health-equity/news/news/2019/06/taking-action-to-achieve-equity-in-health-examples-from-around-the-european-region>

Datenbank zu nationalen Gesetzen, Strategien und Initiativen für Menschen mit Behinderungen in 35 Staaten (en)
<https://www.disability-europe.net/dotcom>

Population Europe: Wer übernimmt die Pflege (en)
<https://www.population-europe.eu/policy-brief/who-cares>

Jahresbericht des Programms Active and Assisted living (en)
http://www.aal-europe.eu/wp-content/uploads/2019/04/Annual-report-2018_final.pdf

Statistisches Amt der EU: Preisniveaus für Nahrungsmittel reichten im Jahr 2018 von 66% des EU-Durchschnitts in Rumänien bis 130% in Dänemark
<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9832365/2-20062019-AP-DE.pdf/8dc2386d-def7-4c60-aa7c-f0647a0660fa>

Statistisches Amt der EU: Große Unterschiede beim Pro-Kopf-Verbrauch zwischen den EU-Mitgliedstaaten/BIP pro Kopf zwischen 50% und 254% des EU-Durchschnitts
<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9832335/2-19062019-BP-DE.pdf/aa725d06-6f50-46a7-8f50-19227d1dcf98>

Statistisches Amt der EU: Energieverbrauch der Haushalte (en)
<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/DDN-20190620-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2F>

Statistisches Amt der EU: Hauspreise in der EU seit 2010 um 15% gestiegen (en)
<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/WDN-20190619-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2F>